

Köln im Plastikkampf: Initiativen fordern schnelle Steuer auf Einwegverpackungen!

Köln plant eine Verpackungssteuer auf Einwegverpackungen, inspiriert von Tübingen, unterstützt von mehreren Initiativen.



Tübingen, Deutschland - Köln steht vor einem wichtigen Schritt in Richtung Nachhaltigkeit! Im Februar 2025 hat der Rat der Stadt eine Steuer auf Einwegverpackungen beschlossen, die nun von zahlreichen Kölner Initiativen vehement gefordert wird. Über zwölf Gruppen, darunter renommierte Organisationen wie NABU, BUND, Greenpeace, Zero Waste, KRAKE und das Bündnis für kommunale Nachhaltigkeit Köln, setzen sich gemeinsam dafür ein, die Einführung dieser Steuer rasch voranzutreiben. **Radio Köln** berichtet, dass sich die Initiative an dem erfolgreichen Modell der Stadt Tübingen orientiert, die bereits seit Anfang 2022 eine solche Steuer erhebt.

In Köln fallen jährlich beeindruckende 77 Millionen Einwegbecher und 60 Millionen Essensverpackungen an, die häufig in öffentlichen Bereichen als Müll enden. Diese erschreckenden Zahlen unterstreichen die Dringlichkeit, mit der die Initiativen handeln möchten. In Tübingen, wo die Verpackungssteuer eingeführt wurde, zeigt sich bereits ein erfreulicher Trend: Der Müll in den öffentlichen Bereichen ist deutlich zurückgegangen. Dies könnte auch in Köln möglich sein, wenn die Steuer zügig in Kraft tritt.

Das Vorbild Tübingen

Die Stadt Tübingen hat mit ihrer Verpackungssteuer, die seit dem 1. Januar 2022 gilt, eine wichtige Vorreiterrolle eingenommen. Betroffen sind alle Verkaufsstellen von Einwegverpackungen sowie Einweggeschirr und -besteck, die zum sofortigen Verzehr oder zum Mitnehmen angeboten werden. Die Steuer beträgt 0,50 Euro netto für Kaffeebecher und andere Einwegverpackungen sowie 0,20 Euro für Einwegbesteck. Diese klaren Vorgaben zeigen, wie lokal agierende Steuern Abfallmengen reduzieren können. Die Stadt Tübingen bietet dabei auch Informationsmaterialien für Betriebe an, um die Umsetzung zu erleichtern. [Tübingen.de](https://www.tb.de) hat hilfreiche Ressourcen und Fördermöglichkeiten bereithalten.

Ein Blick über die Landesgrenzen hinaus: Ab 2025 wird europaweit die neue EU-Verpackungsverordnung (PPWR) in Kraft treten, die den Mindestanteil an Recyclingmaterial für Kunststoffverpackungen regelt. Auch die Kommunen in Deutschland dürfen dann lokale Verpackungssteuern erheben. Dies wurde durch eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts im Januar 2025 bestätigt. Die Rechtmäßigkeit solcher Steuern wurde somit gestärkt, was für Städte wie Köln und Tübingen neue Möglichkeiten zur Abfallverringerung eröffnet. [EY.com](https://www.ey.com) hebt hervor, dass solche Regelungen auch die Kreislaufwirtschaft fördern sollen.

Ein Schritt in die richtige Richtung?

Die lokalen Initiativen in Köln hoffen durch ihren Einsatz auf eine z pfige Umsetzung der Verpackungssteuer. Sie argumentieren, dass es höchste Zeit sei, umweltfreundliche Alternativen zum massenhaften Einsatz von Einwegverpackungen zu fördern. Schließlich leisten solch konkrete Maßnahmen einen wertvollen Beitrag zur Abfallreduzierung und zum Schutz unserer Umwelt.

Bei der Stadt Köln heißt es, dass die nächsten Schritte zur Einführung der Verpackungssteuer in Planung sind. Es bleibt abzuwarten, ob die Stadt diesem Beispiel folgen wird, um den Weg für eine nachhaltigere Zukunft zu ebnen. Denn eines steht fest: Zusammen können wir ein Stück weit die Welt verändern!

Details	
Ort	Tübingen, Deutschland
Quellen	• www.radiokoeln.de • www.tuebingen.de • www.ey.com

Besuchen Sie uns auf: mein-koeln.net